

Umweltverbände enttäuscht von den Grünen

Die Novelle des Klimaschutzgesetzes in Baden-Württemberg geht vier Verbänden nicht weit genug. *Von Christoph Link*

Vor der ersten Lesung der Novelle des baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes im Landtag haben vier Umweltverbände in Stuttgart eine Verschärfung der darin enthaltenen Maßnahmen gefordert. „Wir verlangen ein härteres Handeln. Die Vorschriften im Klimaschutzgesetz sind oft nicht verbindlich“, sagte BUND-Landesgeschäftsführerin Sylvia Pilarsky-Grosch. Die vorgesehene Pflicht zu Fotovoltaik-Anlagen auf Neubauten müsse erweitert werden auf Wohngebäude und bei Dachsanierungen.

Amelie Barkentien vom Bündnis Fridays-for-Future verlangte, dass Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf lediglich 1,5 Grad ins Gesetz aufzunehmen. Durch das Auftauen der Permafrostböden

werde eine riesige Menge an Methan freigesetzt, was in den Klimamodellen noch gar nicht berücksichtigt sei. „Die geplante Begrenzung der CO₂-Reduktion in Baden-Württemberg auf 42 Prozent bis 2030 kann man makaber nennen, das bringt wenig und ist nicht ambitioniert“, so die 17-jährige Aktivistin. Künftige Generationen müssten die Folgen der Fehlentscheidungen tragen, die jetzt getroffen werden.

Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe konnte das nur unterstreichen: Selbst die EU-Kommission orientiere sich an einer CO₂-Senkung von 55 Prozent, besser wäre es, das Land würde eine Reduktion um 60 Prozent zum Ziel erheben. Resch äußerte sich enttäuscht über die fünf Jahre der Grünen-Regierung mit der

SPD und ihre vier mit der CDU: Immer noch baue die Autoindustrie hier „vor allem Klimakiller“. Das Klimaschutzgesetz setze auf freiwillige Dinge, „die man mal machen könnte“. Stattdessen hätte es Bürgertickets für 365 Euro im Jahr vorschreiben können, die einige Städte schon haben. Auch hätten Pop-Up-Radwege – kurzfristig angelegte Radspuren – im Gesetz verankert werden können. Der Verkehrsbereich habe seit 1990 um zwölf Prozent steigende Emissionen gehabt: „Wir brauchen eine massive Verkehrswende.“

Für Alex Habermeier, Landesgeschäftsführer der Naturfreunde, springt die beachtete Pflicht für 103 Städte und Kreise zu einer Wärmeplanung „viel zu kurz“ – „da bleiben 1000 kleinere Städte und Gemeinden übrig“. Laut Habermeier hätte das Gesetz alle Kommunen erfassen müssen, regionale Ansätze für eine Wärmeplanung fehlten ebenso wie ein Umsetzplan für die Realisierung der neuen Pflicht.